Vorprüfung gemäß § 7 UVPG zur Feststellung der UVP-Pflicht

Ergebnis der Vorprüfung

Im Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 7 Abs. 1 UVPG stelle ich fest, dass das Vorhaben: **Hochwasserschutz Holtemme, Ortslage Veltensmühle (Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt)** nicht UVP-pflichtig ist, da es aufgrund einer überschlägigen Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Der Entscheidung lagen u.a. folgende vom Vorhabenträger eingereichte Unterlagen zu Grunde:

- Entwurfs- und Genehmigungsplanung, Hochwasserschutzplanungen zum Schutz der OL Veltensmühle (1 Ordner)
- Artenschutzbeitrag und LBP (1 Ordner)
- Angaben zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 1 UVPG und Allgemeinverständliche Zusammenfassung

Darüber hinaus wurde folgende weitere Quelle einbezogen:

- Daten des GIS-Auskunftssystems des Landes Sachsen-Anhalt (Stand 05/2023)
- Daten des Raumordnungskatasters Sachsen-Anhalt (ARIS) (Stand 05/2023)
- Stellungnahme der BjörnSEN Beratende Ingenieure Erfurt GmbH vom 3. Mai 2023

Begründung

Gliederung:

1. Beschreibung der relevanten Merkmale des Vorhabens
2. Beschreibung der relevanten Merkmale des Standortes und der Ausgangslage
3. Einordnung des Vorhabens unter die Kriterien der Anlage 1 UVPG
4. Vorgesehene Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen
5. Beschreibung der Umwelteinwirkungen des Vorhabens und Einschätzung deren Nachteiligkeit unter Verwendung der Kriterien der Anlage 3 UVPG

1. Beschreibung der relevanten Merkmale des Vorhabens

Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt plant den Hochwasserschutz für den Ortsteil Veltensmühle, gelegen am westlichen Rand des Gemeindegebietes der Kreisstadt Halberstadt im Landkreis Harz, zu verbessern. Durch den Ortsteil fließt das Gewässer Holtemme. Aufgrund vergangener Hochwasserereignisse sowie aufgrund

von entsprechenden Modellierungen hält die Antragstellerin die Ortschaft, im Hinblick auf eine mögliche Überflutung, für akut gefährdet. Ziel des Vorhabens ist es, die bestehende Deichanlage entsprechend den Empfehlungen der DIN 19712 und DWA-M 507 herzurichten und somit die Überschwemmungsgefahr signifikant zu senken.

Das Vorhaben bezieht sich auf einen ca. 2,7 km langen Abschnitt des Gewässers Holtemme, wobei die Einzelmaßnahmen in bestimmte Abschnitte innerhalb des gesamten Vorhabengebietes realisiert werden sollen.

Gegenstand des Vorhabens sind folgende Einzelmaßnahmen:

Errichtung eines Leitdeiches

Auf der oberhalb der Ortslage Veltensmühle liegenden Ackerfläche (Fluss-km 17+915) soll ein 100 m langer Leitdeich entstehen. Der Leitdeich soll eine Höhe von 1,36 m über der aktuellen Gebietsoberkante aufweisen. Beidseitig des Leitdeiches soll jeweils ein Schutzstreifen entstehen und den Deich vor ackerbaulicher Nutzung freihalten. Der Schutzstreifen soll wasserseitig 5 m und luftseitig 4 m betragen. Zur Entwässerung wird die Deichkrone mit einem wasserseitigen Quergefälle von 3 % geplant.

Schlitzung der links- und rechtsseitigen Verwallung

Die links- und rechtsseitigen Schlitzungen der bestehenden Verwallung in den Vorlandbereich hinein, soll im Hochwasserfall zum Absinken des Wasserpegels führen. Die Räume die so gezielt geflutet werden (Retentionsräume), sollen an mehreren Standorten sowohl vor als auch nach der Ortslage Veltensmühle entstehen umso möglichst effektiv den Wasserpegel im Bereich der Ortslage senken zu können.

Ertüchtigung der bestehenden Hochwasserschutzanlagen

Linksseitig (Seite mit Wohnbebauung) soll in die bestehende Verwallungskrone bzw. Böschung eine Spundwand eingebracht werden.

Dafür ist eine Profillänge von 8,66 m sowie eine Einbringtiefe von 7,91 m erforderlich. Die Spundwand soll auf einer Strecke von ca. 660 m errichtet werden. Die Maßnahme soll sich auf die Fluss-km 17+861,65 bis 17+238 erstrecken.

Zusätzlich soll linksseitig, zwischen dem noch zu errichtenden Leitdeich und dem Beginn der Spundwand, eine Verwallung auf einer Länge von 138,20 m und einer Höhe von 0,5 m errichtet werden. Die Verwallung soll in dem Bereich 17+910 bis 17+861,65 (Flusskilometer) erfolgen.

Rechtsseitig soll der Hochwasserschutz durch eine Gewässeraufweitung erfolgen. Hierbei wird das Gewässer in dem Bereich 17+349 bis 17+882 aufgeweitet (verbreitert). Damit einher geht der Rückbau der in diesem Abschnitt bestehenden rechtsseitigen Verwallung. Hierbei wird Boden bis zu 1,5 m im direkten Verwallungsbereich sowie 0,8 m im rechtsseitigen Vorlandbereich auf einer Länge von 530 m abgetragen.

Herstellung einer Flutmulde

Im Fluss-km-Bereich 16+640 soll eine Böschung bis zu Geländeoberkante abgetragen werden, um den natürlichen Retentionsraum zu erweitern. Hierzu ist ein 100 m lange Furt vorgesehen.

2. Beschreibung der relevanten Merkmale des Standortes und der Ausgangslage

Das Vorhabengebiet befindet sich im nördlichen Harzer Vorland auf dem Gebiet der Kreisstadt Halberstadt im Landkreis Harz. Die geplanten Hochwasserschutzanlage liegen im Bereich des Ortsteils Veltensmühle. Das Vorhaben soll in und an der Holtemme (Gewässer 1. Ordnung) realisiert werden und befindet sich im Überschwemmungsgebiet der Holtemme. Das Gewässer grenzt südlich an die Ortslage Veltensmühle, wobei sie z.T. sehr nah an den angrenzenden Wohnanlagen verläuft.

Das Untersuchungsgebiet (Größe: 57,7 ha) grenzt im Norden und im Süden an das Landschaftsschutzgebiet „Nördliches Harzvorland“.

Im Umfeld des Vorhabengebietes befinden sich folgende besonders geschützte Biotope, welche teilweise, z.B. durch die Fällung von Gehölzen, von dem Vorhaben betroffen sind:

- Hecken und Feldgehölze außerhalb erwerbsgärtnerisch genutzter Flächen (§ 21 NatSchG LSA)
- Alleen und einseitige Baumreihen an öffentlichen Straßen oder privaten Verkehrsflächen und Feldwegen (§ 21 NatSchG LSA)
- Natürliche oder naturnahe Bereiche fließender und stehender Binnengewässer einschließlich ihrer Ufer und der dazugehörigen uferbegleitenden natürlichen oder naturnahen Verlandungsbereiche, Altarme (§ 30 BNatSchG und § 22 NatSchG LSA)

Im Untersuchungsgebiet 300 m um den Vorhabenstandort leben nachweislich bis zu 55 Vogelarten. Von naturschutzfachlicher Relevanz sind hiervon insbesondere der Bluthänfling, der Mäusebussard, der Rotmilan, der Turmfalke, der Weißstorch, der Grünspecht, der Star, die Feldlärche, die Grauammer, das Rebhuhn, die Mehlschwalbe und die Rauchschnalbe.

Vom unmittelbaren Eingriff betroffen sind die Reviere folgender Arten:

- Sumpfrohrsänger (mehrere Brutstandorte an der Holtemme)
- Bachstelze (mehrere Brutstandorte an der Holtemme)
- Blaumeise, Kohlmeise, Goldammer, Kleiber (wahrscheinlich) (Höhlenbaum südlich der Kleingärten am südlichen Ufer der Holtemme)

Darüber hinaus können in den Eingriffsbereichen folgende Tierarten vorkommen:

- Mückenfledermaus (Anhang IV der FFH-RL, streng geschützt nach BNatSchG)
- Europäischer Biber (Anhang II und IV der FFH-RL, streng geschützt nach BNatSchG)
- Fischotter (Anhang II und IV der FFH-RL, streng geschützt nach BNatSchG)
- Zauneidechse (Anhang IV der FFH-RL, streng geschützt nach BNatSchG)
- Westgroppe (Anhang II der FFH-RL)
- Bachneunauge (Anhang II der FFH-RL)
- Flussmuschel (Anhang II und IV der FFH-RL, streng geschützt nach BNatSchG)

Im Vorhabenraum liegen gemäß einer Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege

und Archäologie Sachsen-Anhalt die folgenden archäologischen Kulturdenkmale vor:

- Vor- und frühgeschichtliche Siedlung mit Befestigung
- Mittelalterliche Wüstung
- Körperbestattungen: Jungsteinzeit
- Brandbestattungen: Bronzezeit, römische Kaiser-/ Völkerwanderungszeit

Im Umfeld des Vorhabenraumes befinden sich ebenfalls weitere archäologische Kulturdenkmale:

- Siedlungen
- Körperbestattungen, Brandbestattungen, Gräberfelder, Grabhügel
- Vor- und frühgeschichtliche Befestigungen
- Mittelalterliche Münzfunde

3. Einordnung des Vorhabens unter die Kriterien der Anlage 1 UVPG

Das Vorhaben ist unter Ziffer 13.13 der Anlage 1 UVPG „Wasserwirtschaftliche Vorhaben mit Benutzung oder Ausbau eines Gewässers: Bau eines Deiches oder Dammes, der den Hochwasserabfluss beeinflusst (sofern nicht von Nummer 13.16 erfasst)“ einzuordnen. Gemäß § 7 Abs. 1 UVPG ist eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht durchzuführen.

4. Vorgesehene Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen

Zur Vermeidung bzw. Minderung nachteiliger Umweltauswirkungen des Vorhabens sind folgende Maßnahmen vorgesehen. Nähere Ausführungen sind den Kap. 4 des LBP zu entnehmen.

V1: Schutz von Boden, Grund- und Oberflächenwasser vor Schadstoffeintrag und unsachgemäßer Behandlung

V2: Kontrolle der Neophytenentwicklung

V3: Minimierung der Flächeninanspruchnahme

V4: Vermeidung von baubedingtem Lärm und Erschütterung

V5: bauzeitlicher Schutz sensibler Bereiche

V6: Begrenzung der Bautätigkeit auf die Taglichtphase

V7: Terminierung der Baufeldfreimachung und des Baubeginns

V8: Durchführung von Besatzkontrollen

V9: Vermeidung von Unterbrechung der Bauarbeiten und Vergrämung

V10: Kontrolle der zu fällenden Bäume auf Quartiere von Fledermäusen

V11: Vergrämung der Zauneidechse aus dem Baubereich

V12: Durchführung von Besatzkontrollen im Bereich des Gewässers und ggf. Umsetzen

CEF1: Anbringung geeigneter Brutvogel-Nisthilfen

CEF2: Anbringung geeigneter Fledermauskästen

5. Beschreibung der Umwelteinwirkungen des Vorhabens und Einschätzung deren Nachteiligkeit unter Verwendung der Kriterien der Anlage 3 UVPG

Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit

Während der Bauausführung muss mit Beeinträchtigungen der Anwohner durch Lärmemissionen, Emissionen von Luftschadstoffen und Erhöhung des Verkehrsaufkommens gerechnet werden. Diese beschränken sich allerdings auf die reine Bauzeit, welche zudem auch nur Werktags zur Tageslichtzeit erfolgt. Im Zuge der Umsetzung des Vorhabens wird es baubedingt auch vielfach zu Staubaufwirbelungen kommen. Diese vermehrten Staubimmissionen werden von Erschütterungsimmissionen begleitet, die zum einen durch die z.T. schweren Baufahrzeuge, zum anderen durch den Einsetzungsvorgang der Spundwand hervorgerufen werden. Insbesondere im Zuge der Errichtung der Spundwand ist mit stärkeren Erschütterungsimmissionen zu rechnen. Um diese soweit wie möglich zu minimieren wird anstatt einer Ramme eine Spundpresse verwendet, die eine geräuschärmere und auch erschütterungsärmere Errichtung ermöglicht. Die sich auf die unmittelbare Ortslage Veltensmühle beziehenden Baumaßnahmen (Leitdeich, Spundwand, Gewässeraufweitung) sollen nach Planung des Antragstellers jeweils ab Baubeginn innerhalb von ca. 2 Monate abgeschlossen sein. Damit beschränken sich die zu erwartenden hervorgerufenen Staub-/Erschütterungsimmissionen auf den Zeitraum der Baumaßnahmen.

Durch die Umsetzung des Vorhabens entstehen keine Anlagen- oder betriebsbedingten Abfälle, durch die erheblich nachteilige Umweltauswirkungen zu erwartet sind. Betriebsbedingte Geruchsimmissionen sind bei Umsetzung des Vorhabens nicht zu erwarten. Von der fertig gestellten Hochwasserschutzanlage sind keine anlagenbedingten Lärmimmissionen zu erwarten. Mit der Umsetzung des Vorhabens sind keine Unfallrisiken verbunden. Weder werden Stoffe oder Technologien verwendet, die ein Unfallrisiko bergen, noch werden Baumaßnahmen durchgeführt, bei denen ein Unfallrisiko für Menschen besteht. Hierbei ist auch zu beachten, dass das Vorhaben vielmehr der Bannung von Risiken, nämlich dem Hochwasserrisiko, dient.

Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Im Ergebnis des artenschutzrechtlichen Fachbeitrags (Juni 2022) wurde festgestellt, dass sich der Erhaltungszustand der betroffenen lokalen Populationen der im Wirkraum vorkommenden planungsrelevanten Arten trotz der bau-, anlage- und betriebsbedingten Störungen und Habitatverluste nicht verschlechtern wird. Die ökologischen Funktionen der Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleiben in ihrem räumlichen Zusammenhang erhalten.

Im Rahmen der Umsetzung des Bauvorhabens kann die Inanspruchnahme von naturschutzfachlichen Lebensräumen nicht vollständig vermieden werden. Eine Betroffenheit besteht besonders hinsichtlich Hecken und Feldgehölze außerhalb erwerbsgärtnerisch genutzter Flächen (§ 21 NatSchG LSA), Alleen und einseitige Baumreihen an öffentlichen Straßen oder privaten Verkehrsflächen und Feldwegen (§ 21 NatSchG LSA) sowie natürliche oder naturnahe Bereiche fließender und stehender Binnengewässer einschließlich ihrer Ufer und der

dazugehörigen uferbegleitenden natürlichen oder naturnahen Verlandungsbereiche, Altarme (§ 30 BNatSchG und § 22 NatSchG LSA) im unmittelbaren Umfeld des Vorhabens.

Durch die Schlitzung der bestehenden Verwallung westlich und östlich der Ortschaft Veltensmühle wird es, insbesondere im Hochwasserfall, zur Veränderung der Überflutungsdynamik in den hinter den Schlitzungen liegenden Bereichen kommen. Je nach Wasserstand der Holtemme wird der dahinterliegende Bereich mehr oder weniger geflutet, wodurch die dortigen Lebensraumbedingungen im Vergleich zu den derzeitigen bestehenden Bedingungen verändert werden. Auch werden die notwendigen Gehölzrückschnitte zu Veränderungen der Vegetations- bzw. Biotopstrukturen führen.

Um die Eingriffe in die Habitate möglichst gering zu halten, beabsichtigt der Antragsteller die für die Umsetzung des Vorhabens erforderlichen Flächen, insbesondere die Flächen für Baustelleneinrichtungen bzw. Lager, soweit wie möglich zu minimieren (Maßnahme V3: Minimierung der Flächeninanspruchnahme).

Nach Fertigstellung der Anlagen, sollen die im Zuge der bauvorbereitenden Flächen, die nicht Baufläche waren, wieder hergerichtet werden. Dazu gehört auch, dass entlang des Gewässers auf einer Länge von 800 m Ufergehölz angepflanzt werden soll, das Habitatqualität besitzt. Im Bereich der Verwallung bzw. des Leitdeiches soll die Ansaat einer standortgerechten, einheimischen Böschungsbegrünung erfolgen. Zudem sollen Flächen, die bislang keine Vegetation aufweisen neu bepflanzt werden, um so die notwendige Vegetationsabtragung in Teilen kompensieren zu können. Hierdurch werden zudem auch neue Habitate für die örtliche Flora und Fauna geschaffen. Im Bereich des Deichschutzstreifens des Leitdeiches westlich der Ortslage sollen Weidenkleingehölze angebracht werden, die als gebietseigene Gehölze aus dem Vorkommensgebiet 2 „Mittel- und Ostdeutsches Tief- und Hügelland“ stammen. Die Wiederetablierung heimischer Gewächse soll insbesondere dadurch gewährleistet werden, dass eine Kontrolle der Flächen auf gebietsfremde Pflanzenarten, die unerwünschte Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt haben, stattfindet und ggf. Gegenmaßnahmen getroffen werden (V 2: Kontrolle der Neophytenentwicklung).

Nach Abschluss aller Baumaßnahmen ist abseits der errichteten Anlagen mit der Renaturierung des betroffenen Gebiets zu rechnen.

Schutzgüter Boden und Fläche

Im Zuge des Baugeschehens ist mit einer Verdichtung des Bodens im Bereich temporär beanspruchter Flächen zu rechnen. Es werden Stoffe verwendet, die im unerwarteten Falle des Auslaufens den Boden belasten können. Durch geeignete Maßnahmen des Bodenschutzes werden die baubedingten Beeinträchtigungen von Böden minimiert und es wird Bodenkontaminationen vorgebeugt (Vermeidungsmaßnahmen V 1: Schutz von Boden, Grund- und Oberflächenwasser vor Schadstoffeintrag und unsachgemäßer Behandlung und V 3: Minimierung der Flächeninanspruchnahme, vgl. Kap. 4). Das im Zuge der Bauarbeiten anfallende Bodenmaterial wird z.T. für andere Baumaßnahmen im Rahmen des Vorhabens (z.B. Errichtung des Leitdeiches) verwendet. Bodenaushub, der nicht verwertet werden kann, wird der ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt. Nach Abschluss der Arbeiten erfolgt die Wiederherstellung

der landwirtschaftlichen Nutzfläche, sowie der Grünfläche, soweit diese nicht Teil der errichteten Anlagen sind.

Anlagenbedingt werden zur Errichtung des Leitdeiches Bodenflächen mit einer Flächengröße von ca. 1.560 m² dauerhaft versiegelt. Durch die im Hochwasserfall veränderte Überflutungsdynamik, insbesondere im Bereich der Schlitzungen, wird die Bodenentwicklung verändert. Bislang nicht bepflanzte Flächen werden jedoch neu begrünt. Durch die gesamten Neu- bzw. Wiederbepflanzungsmaßnahmen soll die im Zuge der Baumaßnahmen potentiell entstehende Belastung ausgeglichen und in seinen vorherigen Zustand zurückgesetzt werden. Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche sind in Anbetracht des relativ geringen Umfangs des Flächenentzugs als nicht erheblich nachteilig zu werten.

Schutzgut Wasser

Aufgrund des baubedingten Flächenbedarfs sind bauzeitliche Effekte nicht vollständig auszuschließen (Bodenverdichtungen auf temporär beanspruchten Flächen, Eintrag von Schwebstoffen in das Gewässer Holtemme, neue Ausuferungen des Fließgewässers durch die geplante Schlitzung im Hochwasserfall, verzögerte Grundwasserneubildungsrate durch Bodenverdichtungen). Über die Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen V 1 (Schutz von Boden, Grund- und Oberflächenwasser vor Schadstoffeintrag und unsachgemäßer Behandlung) und V 3 (Minimierung der Flächeninanspruchnahme) sowie eine umweltfachliche Begleitung der Abläufe können diese jedoch vermindert werden.

Die im Hochwasserfall erfolgende Ausuferung des Gewässers ist nicht geeignet die Qualität des Gewässers zu beeinträchtigen, da das Gewässer durch die Schlitzungen in gezielt vorbereitete Bereiche eindringt und eine zufällige Verunreinigung hierdurch nicht zu befürchten ist. Der Anstieg des Gewässerpegels aufgrund der fehlenden Versickerungsfläche ist allenfalls in geringem Maße zu erwarten, da die zu versiegelnde Fläche mit 1.560 m² im Verhältnis zu Gewässergröße der Holtemme sehr gering ist. Im Zuge des Vorhabens wird eine Gewässeraufweitung geschaffen und es werden Deichschlitzungen vorgenommen. Somit kann eine Annäherung an die natürliche Fließgewässerdynamik stattfinden. Das Umland wird regelmäßig überflutet und als Teil der Aue reaktiviert.

Schutzgüter Luft und Klima

Baubedingt werden lokale Luftverunreinigungen (Abgase, Staub) durch Baumaschinen und den Baustellenverkehr hervorgerufen. Diese Beeinträchtigungen der Luftqualität sind jedoch nur während der Bauphase zu erwarten. Sowohl Baumaschinen als auch Arbeitsmethoden werden entsprechend dem Stand der Technik eingesetzt. Das fertiggestellte Vorhaben entfaltet keine Auswirkungen auf die Schutzgüter Luft/Klima, da das Vorhaben keine klima- oder luftrelevanten Emissionen verursacht. Erheblich nachteilige Umweltauswirkungen sind daher nicht zu erwarten.

Schutzgut Landschaft

Baubedingte Beeinträchtigungen (optische und akustische Störungen) des Landschaftsbildes und der Erholungsfunktion durch die Baustelle sind zeitlich auf die Dauer der Bauphase begrenzt und nur innerhalb kürzerer Bauabschnitte wahrnehmbar. Um die Auswirkungen des Vorhabens zu minimieren, werden bei der Umsetzung geräuscharme Baufahrzeuge (Spundpresse statt Spundramme) eingesetzt.

Durch die abschnittsweise Abtragung der bestehenden Verwallung westlich und östlich der Ortslage Veltensmühle, sowie durch die Abtragung der Vegetation in diesen Bereichen wird in strukturgebende Landschaftselemente eingegriffen. Insbesondere in Gewässernähe soll eine Wiederbepflanzung realisiert werden (vgl. Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt). Auch ist zu berücksichtigen, dass die Eingriffe in die Landschaft nur punktuell erfolgen und hierbei das Landschaftsbild als Ganzes, nach Abschluss aller Ausgleichsmaßnahmen nicht signifikant verändert wird.

Die durch die Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen hervorgerufenen Störungen sind nicht als erheblich einzustufen, da sich diese allenfalls auf wenige Tage erstrecken werden und zudem nur tagsüber erfolgen.

Schutzgut Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Die im Vorhabenraum bestätigten archäologischen Kulturdenkmäler werden durch die Baumaßnahmen nicht betroffen, da diese nicht Teil im Gebiet der geplanten Bauflächen liegen. Im Vorhabengebiet, insbesondere in Gewässernähe, bestehen begründete Anhaltspunkte auf Vorkommen archäologischer Fundstätten. Vor Beginn der Erdarbeiten sind die zuständige Denkmalschutzbehörde bzw. das Denkmalfachamt einzubeziehen, um abzustimmen, inwiefern das Erfordernis einer archäologischen Baubegleitung der Bodenarbeiten besteht. Sollte sich darüber hinaus im Zuge der weiteren Bauarbeiten ein Verdacht auf das Vorhandensein von Bodendenkmalen, Gegenständen von archäologischem Interesse o. ä. ergeben, sind die betreffenden Bereiche umgehend vor Zerstörung zu sichern. Auch in diesem Fall sind umgehend die o. g. Fachbehörden zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise zu benachrichtigen. Die Vorgaben des Denkmalschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sind zu beachten.

Insgesamt ist durch das geplante Vorhaben bezüglich der Schutzgüter (Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Boden, Fläche, Wasser, Luft, Klima, Landschaft sowie kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter) sowie hinsichtlich der Wechselwirkungen zwischen diesen, mit keinen erheblich nachteiligen Auswirkungen zu rechnen.